

GESCHICHT

„Zur neuen Heimat“
von der jüdischen
Künstlerin Regina
Mundlak.



QUELLE: OST UND WEST, JG 7 (1907) NR. 5, SP. 297-298.

JÜDISCHE EMANZIPATION (3/6)

„Hyänen“ und „Parasiten“

Renée Wagener

Antisemitische Äußerungen waren im Ersten Weltkrieg nicht mehr nur der katholischen Presse vorbehalten, sondern wurden auch in linken Zeitungen formuliert: Die Figur des galizischen Wucherers fügte sich in der Zeit von Hunger und Mangel ein in den antikapitalistischen Diskurs.

Am 19. Februar 1907 meldete das „Luxemburger Wort“, „galizische Arbeiter“ seien durch einen Agenten nach Luxemburg gebracht worden, um in verschiedenen Fabriken zu arbeiten. Wenngleich damit nun erstmals von leibhaftigen „Galiziern“ in Luxemburg berichtet wurde, war hierzulande bereits seit dem 19. Jahrhundert von galizischen Juden die Rede. Vor allem in Berichten des „Luxemburger Wort“ zur „Judenfrage“ und zu den Judenpogromen in Österreich-Ungarn und Russland fanden sie reichlich Erwähnung: als Profiteure und arbeitsscheue Gesellen, die sich auch dem Militärdienst entzogen, als Wucherer, die Handwerk und Ackerbau verschmähten, oder als gefährliche Revolutionäre.

Galizien, das Gebiet an den Rändern Russlands, Polens und Österreichs, war seit dem Mittelalter zu einem Zentrum jüdischer Ansiedlung geworden. Die jüdischen Gemeinschaften, die dort durch handwerkliche, gewerbliche und Handels-Tätigkeiten zunächst verhältnismäßigen Wohlstand erreichten, litten ab dem 17. Jahrhundert zunehmend unter Ausgrenzung, Verfolgung und regelrechten Pogromen, die wirtschaftlichen Bedingungen

wurden desolat. So nahmen ab dem Ende des 19. Jahrhunderts um 200.000 galizische Juden und Jüdinnen an den massiven Emigrationsbewegungen nach Westeuropa, Palästina oder Amerika teil.

Auch in Luxemburg wuchs die jüdische Gemeinschaft in den Jahren 1910 bis 1935 von 1.270 auf 2.274 Personen an. Während der Anteil luxemburgischer jüdischer Glaubensangehöriger sich von 1905 bis 1940 nur mäßig erhöhte, vervierfachte sich im selben Zeitraum jener ihrer ausländischen Glaubensgenossinnen. 1933 waren die meisten unter ihnen polnischer Nationalität.

Ein großer Teil der ostjüdischen Religionsangehörigen arbeitete laut Paul Cerf und Isi Finkelstein zunächst in der Stahlindustrie. Gängige Stereo-

typen übernehmend, fügten die beiden in ihrem Werk „Déi Escher Judden“ an: «[M]ais ils ne semblaient pas très doués pour les travaux manuels, leurs habitudes et leur compétence les conduisant plutôt vers le commerce. Certains d'entre eux ouvrirent de petites boutiques de textiles, chaussures, épicerie, meubles, faisaient les marchés ou devenaient colporteurs.»

Nicht nur die Mehrheitsgesellschaft, auch die alteingesessenen jüdischen Gemeinschaften Westeuropas taten sich mit ihren neuen Glaubensgenossinnen schwer. Laurent Moysse schreibt für Luxemburg: «[B]eaucoup de Juifs autochtones, [...] ne purent se départir d'une certaine méfiance envers leurs coréligionnaires, de peur que ces immigrants de fraîche date ne mettent en question la bonne image qu'ils s'étaient forgée dans le cadre de leurs efforts d'intégration.»

Die Episode des Escher Fetthandels

„Wir haben [...] im Land eine Anzahl galizische Juden, die erst seit dem Krieg hier sind“, klagte der Sprecher der sozialdemokratischen Partei, Jean Schortgen, am 14. April 1916 in der Abgeordnetenversammlung: „Sie kaufen Seife, alte Kleider, Trikotagen usw., die sie dann mit Gewinn über die Grenze weiter verkaufen. Ich frage mich, ob wir nicht lieber diese Leute selbst über die Grenze schieben sollen. [...] Ich bitte die Regierung, diesen Hyänen des öko-

nomischen Lebens gegenüber strenge Maßnahmen zu ergreifen.“

Seit Kriegsbeginn war die Verteilung und Ausfuhr von Gütern, vor allem von Grundnahrungsmitteln, strenger reglementiert worden, solche Bestimmungen förderten allerdings Schmuggel und Hamsterei. All jene, die in den Prozess des Lebensmittelhandels eingebunden waren - Bauern, Fabrikanten, Händler - sahen sich in dieser Situation Vorwürfen von Betrug und überzogenen Preisen ausgesetzt. Neben dem ‚egoistischen, profitsüchtigen Bauern‘ und dem ‚rücksichtslosen deutschen Soldat‘ wurde dabei der ‚galizische Betrüger‘ im öffentlichen Diskurs eine gängige Figur.

Am 17. April schon betonte ein „Geschäftsmann vom Lande“ in einem Leserbrief, dass die öffentlichen Warnungen der „städtischen Verteilungsstelle“ nicht gegen Landwirte, sondern gegen „galizische Juden“ gerichtet seien, gegen „Protze“ in „Luxusautomobilen“. Am 26. April entschärfte jedoch ein weiterer Leserbriefschreiber, ein gewisser B.S., diese Anschuldigungen: „Man muß zu unterscheiden wissen, zwischen einer Anzahl Juden, galizischer oder nichtgalizischer Herkunft, einerseits, die sich schon lange vor dem Kriege hier im Lande aufhielten und ehrlich ihre Geschäfte besorgten, [...] und einer größeren Anzahl russischer Juden, die sich bei Kriegsausbruch in Deutschland aufhielten und von da herübergekommen sind, um nicht interniert zu werden. Ihre Zahl beträgt übrigens nicht, wie angegeben wurde, 200,



Das Königreich Galizien und Lodomerien, Kronland von Österreich-Ungarn, wurde 1918 aufgelöst. Quelle: Wikipedia



„Butterpolonaise“ in Esch während des 1. Weltkriegs.

QUELLE: ARCHIVES DE LA VILLE D'ESCH-ALZETTE

sondern höchstens 50. Sie haben hier im Lande weiter nichts getan, als Waren aufkaufen und an luxemburgische Großabnehmer wieder verkaufen.“

Äußerst heftig fiel dagegen der Bericht des Escher Polizeikommissars vom 29. April 1916 an den Escher Bürgermeister aus. „Eine Anzahl junger militärpflichtiger Juden, welche sich aus dem Auslande tatsächlich hieher geflüchtet hatten“, hätten auf dem Land Waren „wie Blutsauger“ in kleinen Mengen „zusammengeschachert“, um sie dann wieder in Esch zu verkaufen. „Kurz zusammengefasst, sind diese galizischen Juden meiner Ansicht nach Parassitten [sic] der menschlichen Gesellschaft“.

Zwar belegte die Regierung im gleichen Jahr die Butter mit gesetzlich fixierten Maximalpreisen und verpflichtete die Bauern, sie an das staatliche „Office d'achat et de répartition“ abzuliefern. Trotzdem kam der Abgeordnete Joseph Faber am 20. Dezember 1916 erneut auf die Butterfrage zu sprechen: „Ce ne sont pas seulement les Allemands avec leur Rucksack qui vont acheter le beurre de village en village, ce sont encore nos Luxembourgeois qui font cette sale besogne pour le compte des Allemands.“ Wer für seinen eigenen Haushalt auf Hamsterfahrt gehe, sei jedoch entschuldbar, „et je vous dirai que moi-même j'ai été chercher du beurre et des oeufs. (Rires).“

Am 1. März 1917 erschien im „Tageblatt“ in der Rubrik „Im Rahmen des Alltags“ ein sich als satirisch verste-

hender Beitrag zum „Seifenfabrikant Butty Schmälzel“. Dieser habe im Krieg „zunächst gefürchtet, er müsse mit, denn er war Jude irgend einer Nationalität. Aber am Ende stellte sich heraus, daß er gar keine Nationalität hatte und nicht ins Feld brauchte. Das machte ihn glücklich u. er warf sich mit ganzer Energie auf seinen Metallhandel.“ Durch die Seifensiederei sei „Butty“ dann dermaßen zu Reichtum gekommen, dass er „sich selbst und Frau Butty in Oel verewigen lassen hat, lebensgroß hängt er in seinem Salon. Verzeihen Sie, sagte ich: er hängt! Dann irrte ich. Soweit ist es mit Butty noch nicht. Noch fließen reichlich alle Quellen, noch häuft er sich Geld; und geht abends wie Leute von Stand mit Madame in Cafés und Variétés. Daß es kein Bier mehr gibt, was schert es ihn, er trinkt Champagner - er muß lachen über alle Hungerleider. Nach dem

Krieg wird er sich von den Geschäften zurückziehen und am Josefsplatz eine Villa kaufen.“

Vor allem die Anspielung „Er hängt!“ zeugt von einem Antisemitismus, der durch seine Brutalität, aber auch seine Selbstsicherheit aus den sonst eher nur latent antisemitischen Texten heraussticht. Hier wurde kaum verhüllt damit gedroht, dass Juden wie der beschriebene Händler mit ihrem Leben spielten. Bemerkenswert ist neben der Ansammlung gängiger Stereotypen - Wohlstand durch Ausnützen der Kriegsnot, Neureichtum, lockerer Lebenswandel - der Vorwurf, dass jüdische Männer sich der Wehrpflicht entziehen würden. Bemerkenswert in einem Land mit Neutralitäts-Status, wo seit den Tagen Wilhelms II. keine Wehrpflicht mehr existierte.

Sogar der konservative Staatsminister Léon Kauffman schaltete sich ein.

In einem Brief an den Generalstaatsanwalt vom 17. April 1917 wünschte er ein Eingreifen der Justiz: „Il me paraît difficile à réaliser l'expulsion de ces gens tant que durera la guerre. Mais on pourrait peut-être, conformément à la loi, les contraindre de s'éloigner d'un certain lieu ou d'habiter dans un lieu déterminé.“

Doch in einem Bericht des Ettelbrücker Polizeikommissars zur „Aufführung der dahier wohnenden Galizier“ vom 25. Mai 1918 hieß es, von vier Familienoberhäupter seien drei im Besitz eines Hausiererlaubnisscheines, und: „Während ihres kurzen Aufenthaltes dahier, wurde wohl noch keine Uebertretung festgestellt“. Auf Kauffmans Nachfrage, wie die Familien in den Besitz von Hausierscheinen gelangen konnten, gab Oberst Karl von Tessmar am 30. Mai 1918 eine aufschlussreiche Antwort: Der Altmetallhändler Heinrich Galler, seit 1905 in Hollerich wohnend, hatte bereits 1908 eine solche Anfrage gestellt. „Comme la conduite de la famille Galler ne laissait rien à désirer, [...] mon prédécesseur fit droit à la demande.“ Auch den beiden anderen war 1913 bzw. 1914 auf Anfrage ein Hausierschein ausgestellt worden.

Einige der Familien hatten sich also schon vor dem Krieg in Luxemburg niedergelassen. Zudem sahen weder der Polizeikommissar, noch von Tessmar, der nicht für besondere Menschlichkeit bekannt war, zunächst einen gesetzlichen Grund, die galizischen Familien auszuweisen. Von Tessmars Haltung änderte sich aber im Lauf der nächsten

WOXX-SERIE

Alle gleich? Staat, Gesellschaft und jüdische Minderheit

1789, der Beginn der Französischen Revolution, steht für die Einführung der Prinzipien von Freiheit und Gleichheit in Europa. Damit waren auch Religionsfreiheit und Gleichheit der Religionsgemeinschaften gemeint. Inwieweit wurde dieses Versprechen für die jüdische Minderheit in Luxemburg eingelöst? Darauf versucht diese Serie Antworten zu finden. Die nächsten Folgen erscheinen im September. Die Autorin forscht an der Universität Luxemburg zur Geschichte der jüdischen Gemeinschaft, die auch Thema ihres Promotionsprojektes ist.



QUELLE: UNBEKANNT.

Galizische Juden in Wien-Leopoldstadt, 1915.

Monate, möglicherweise auf Einwirken der luxemburgischen Regierung. Am 11. September berichtete er, er habe „gegen die nachgenannten 1) russischen Untertanen, 2) österreichisch-ungarischen Untertanen den Ausweisungsbefehl wegen politischer Unzuverlässigkeit erlassen.“

„Politische Unzuverlässigkeit“ wurde bemerkenswerterweise als Grund für die angeordnete Ausweisung genannt, womöglich, weil es keine Belege für die von Regierung und Presse ursprünglich erhobenen Vorwürfe gab. Wenige Tage später wies Oberrabbiner Samuel Fuchs in einem Telegramm den Justizminister darauf hin, dass „diese mit dem Schein der Einseitigkeit behaftete Massnahme ausschliesslich Israeliten“ betreffe und bat um eine erneute Untersuchung: „Da berichtstattende Polizeiorgane angeblich ein Hohngelächter zur Schau tragen seit Bekanntwerden des Ausweisungsbefehls, ist nicht ausgeschlossen, dass auch niedrige Motive bei den berichtenden subalternen Organen mit im Spiele waren.“

Dass der Übergang vom Ressentiment gegen osteuropäische Angehörige jüdischen Glaubens zur Diffamierung der alteingesessenen jüdischen Gemeinschaft fließend war, zeigt eine Kolumne im sozialistischen „Armen Teufel“. Der „Escher Stadtplauderer“ (möglicherweise der oben erwähnte Jean Schaack-Würth) kam am 29. September 1918 auf „gewisse Hochstapler“ zu sprechen, welche „diese schweren Zeiten zu ihrem persönlichen Nutzen ausbeuten. [...] Nun, uns Proletariern bleibt noch diese Hoffnung: ‚Alles rächt sich hier auf Erden‘. Und zwar nicht nur bei den polnischen

und galizischen Juden! Sorgen wir, daß die neue Bourgeoisie aus allen Staats- und Gemeindeehrentämtern wegleibt: ebenso aus den Vorständen der bürgerlich-politischen und gewerkschaftlichen Vereinigungen. [...] Das werktätige Volk, Arbeiter, Beamte und Kleinbürgertum können die Parasiten ganz gut entbehren.“

Antisemitische Semantik

Die zahlreichen, in den zitierten Artikeln auftauchenden Schmähbegriffe verdichteten sich zu Elementen eines semantischen Code-Systems, das zwar implizit, aber für jedermann verständlich, auf die Figur des ausländischen Juden verwies. Wie der Historiker Alexander Bein dargelegt hat, illustriert sich am Begriff des Parasiten, der zu diesem Zeitpunkt bereits stark antisemitisch aufgeladen war, die Biologisierung der Sprache, und zwar seit dem Auftreten des Rassenantisemitismus auch in der sozialistischen, antikapitalistischen Literatur: „Das Bild von den ‚Wirtsvölkern‘, unter denen die Juden leben, gerät immer mehr in den Bann dieser naturalistischen Vorstellungen vom Parasiten und seinem Wirte, [...], von dessen Blut und Lebenssäften er zehrt und den er dadurch schädigt und oft vernichtet. Mit diesen Vorstellungen vereinigen sich nun die antikapitalistischen Neigungen, besonders in die Augen fallend bei manchen Sozialisten [...], aber mitschwingend auch in den Worten vieler anderer Judengegner.“

In Esch spitzten sich die Ereignisse in den nächsten Monaten zu. Am 26. November, kurz nach dem Waffenstillstand vom 11. November 1918, kam es zu einem Streit zwischen der

Geschäftsfrau Marie Gerson und zwei amerikanischen Soldaten wegen des Preises von Lebkuchen, der den Männern überzogen erschien. Wahrscheinlich handelte es sich um eine Verwechslung zwischen Mark und Franken. Vor der Tür sammelte sich eine Menge, die rasch anwuchs. Bald brachen die ersten Scheiben. 5.000-6.000 Menschen, so hieß es andernorts im „Tageblatt“ hätten sich an den Plünderungen zahlreicher Geschäfte beteiligt. Es gab Verletzte, etwa 30 Personen wurden verhaftet.

In seiner Interpellation vom 31. Januar 1919 meinte der sozialistische Abgeordnete Jacques Thilmay: „Die Ausschreitungen fanden nicht allein statt gegen die Ausbeuter und die Wucherer, sondern auch gegen die Meister von der Hütte und besonders die deutschen Meister [...]“. Sein Parteikollege Jean Schaack meldete sich ebenfalls erneut zu Wort. Seine Rede wurde am 16. Februar im „Armen Teufel“ veröffentlicht, bezeichnenderweise unter dem Titel „Pogrom in der Stadt Esch“. Darin hieß es, an die amerikanischen Soldaten seien die „ekelhaften Kröten von Wucherern schmierig und glatt“ herangetreten, „welche die Hände voll französischen Papiergeldes vertrauensvoll hinhielten“. War die Geschäftstümmerei in Esch gezielt anti-jüdisch orientiert oder wurden diese Motive vom Abgeordneten lediglich durch seine Wortwahl angedeutet? Aus den Dokumenten zur polizeilichen Untersuchung der Affäre geht jedenfalls hervor, dass vor allem jüdische und ausländische, vorzugsweise deutsche Geschäfte visiert waren.

Dass die Realität jedoch komplexer war, als es die sozialistischen Abgeord-

neten darstellten, zeigen die Diskussionen um das Amnestiegesetz 1919. Während Kettenhandel (Handel mit vielen Zwischenhändlern) explizit von der Amnestie ausgeschlossen werden sollte, standen Fälle wie das Fälschen von Lebensmittel-Bons durch Beamte, Aneignung von konfisziertem Material durch einen Schöffen, ja durch ein ganzes Dorf oder Diebstahl von landwirtschaftlichen Produkten zur Debatte. Der Abgeordnete Hoffmann brachte es am 27. November 1919 auf den Punkt: „[M]eine Herren, es gibt keinen Einzigen im Großherzogtum, der nicht in der Lage war, auch eine Verurteilung einzuheimsen. Jeder hat sich in verschiedenen Sachen verfehlt. Es ist vielleicht gut so, denn wenn alle diese Ausnahmegesetze ausgeführt worden wären, dann wären wir im Kriege verhungert.“

Doch die Figur des osteuropäischen Juden blieb in der Linken bestehen. So kommentierte das „Wort“ am 31. Juli 1920 einen parlamentarischen Auftritt des sozialistischen Abgeordneten René Blum betreffend eine Gesetzesinitiative zur Vereinfachung der Steuerreklamationen: „Herr Blum meinte dabei, wenn er die berüchtigten ‚Galizier‘ aufmarschieren ließe, werde sich das recht gut in seiner politischen Landschaft ausnehmen und der eine oder andere Naive werde auf seine Argumente hereinfliegen. Also, sagte er, die ‚Galizier‘ würden, wenn sie nur die eine Hälfte der erfallenen Steuern zu bezahlen brauchten, mit der anderen Hälfte durchbrennen.“

Die Escher Krawalle von 1919 zeigten zudem erstmals auch in Luxemburg, wie der antisemitische Diskurs in Presse und Politik als Katalysator

Zeit 15 Mark. Wer zahlt's . . . Der **systematische Kettenhandel** wird zu 95 Prozent von galizischen Juden ausgeübt. Die ganze Bande ist im geheimen mit einander verbunden und wenn man glaubt hier sei ein Nest ausgelogen, taucht an einer anderen Stelle die Brut wieder auf. Die Grenzen sind offen und es ist zu erwarten, daß in aller nächster Zeit die Regierung eine Säuberung der Hauptquartiere vornehmen wird. Gewiß sind wir die Lehren, die den Antisemitismus predigen, denn um Konfessionen kümmern wir uns nicht; auch sollen wir den **ehelichen Juden**, die bei uns in Geschäft und Handel ihren Lebensunterhalt verdienen wollen, **alle Achtung**; doch können und dürfen wir nicht zugeben, daß das Land von einer geilen Bande ausgehungert wird. **Fort mit diesem Ungeziefer nach Galizien!** Oder die Regierung sage uns, warum unser Land sich diese Plage gefallen lassen muß!

Ausschnitt aus „Die galizischen Juden!“ in: Tageblatt, 18.-21.5.1918, S. 1

für vorhandenes Gewaltpotenzial wirkte. Der Staat seinerseits verfolgte zwar nicht offiziell die Ausgrenzung aufgrund osteuropäischer Juden und Jüdinnen, tatsächlich jedoch gab es durchaus eine von Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit geprägte Praxis.

Das Bild des galizischen Wucherers traf sehr schnell auch die etablierte jüdische Gemeinschaft bzw. frische gegenüber ihr bestehende Vorurteile auf. Dabei ging es jedoch nicht, wie im 19. Jahrhundert, um die Frage, ob eingebürgerten jüdischen StaatsbürgerInnen ein Anrecht auf Emanzipation bzw. Gleichbehandlung zustehe. Vielmehr wurde die gesamte jüdische Minderheit von der nicht-jüdischen Gesellschaft als ausländisch wahrgenommen. Dies war umso einfacher, weil so manche jüdische Familien, obwohl alteingesessen, aufgrund der strengen Naturalisierungsgesetzgebung nicht die Luxemburger Nationalität besaßen. Der Weg der Assimilation, den die jüdische Gemeinschaft im 19. Jh. recht konsequent beschritten hatte, war durch die sich ausweitenden antisemitischen Tendenzen in Frage gestellt.

Quellen:

Luxemburger Zeitungen
Kammerbericht.

Volkszählungen.

ANLUX: J-59/96, AE-00581.

Literatur:

Bein, Alexander: „Der jüdische Parasit“. Bemerkungen zur Semantik der Judenfrage, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 13(1965), H. 2, 121-149.

Cerf, Paul / Finkelstein, Isi: Les Juifs d'Esch - Déi Escher Judden.

Chroniques de la communauté juive de 1837 à 1999. Bereldange 1999.

Commission spéciale pour l'étude des spoliations des biens juifs au Luxembourg pendant les années de guerre 1940-1945 : La spoliation des biens juifs au Luxembourg 1940-1945. Luxembourg 2007.

Dietrich, Stefan, Die Juden Galiziens, 2001, S. 1-8, in: <http://textfeld.ac.at/pdf/394.pdf> (Stand: 24.5.2012).

Haumann, Heiko: Geschichte der Ostjuden. München 1990.

Le Rider, Jacques / Raschel, Heinz (Hg.), La Galicie au temps des Habsbourg (1772-1918). Histoire, société, cultures en contact. Tours 2010, 263-280

Korzec, Pawel / Fondation, nationale des sciences politiques (France): Juifs en Pologne. La Question juive pendant l'entre-deux-guerres. Paris 1980.

Moyse, Laurent: Du rejet à l'intégration. Histoire des juifs du Luxembourg des origines à nos jours. Luxembourg 2011.

Ministère de l'Education nationale, de l'Enfance et de la Jeunesse
Service de l'Education différenciée

Poste vacant

Le Service de l'Education différenciée se propose d'engager, pour les besoins du Centre d'éducation différenciée à Roeser, à durée indéterminée et à raison d'une tâche hebdomadaire de 15 heures

un salarié (m/f) de la carrière A

avec effet au **1er septembre 2014** ou une **date à convenir**.

Le candidat ou la candidate sera chargé(e) de travaux de nettoyage et entretien des locaux. L'horaire de travail se situe en dehors des heures de classe.

Profil souhaité : être fiable et flexible, être capable de travailler en équipe et de façon autonome.

Pour toute information complémentaire prière de s'adresser au Centre d'éducation différenciée à Roeser,
Tél. : 36 88 93.

Les demandes avec CV sont à adresser au
Centre d'éducation différenciée,
B.P. 1, L-3206 Roeser,
pour le 28 juillet 2014 au plus tard.

LE FONDS BELVAL

Etablissement public créé par la loi du 25 juillet 2002 pour la réalisation des équipements de l'Etat sur le site de Belval-Ouest

Appel de candidatures

Procédure : européenne restreinte
Type de marché : Services

Réception des offres ou des demandes de participation :

Date limite : 28/08/2014 Heure :

17:00

Lieu :

Le Fonds Belval

1, avenue du Rock'n'Roll

L-4361 Esch-sur-Alzette

Tél.: (+352) 26 84 01

Fax : (+352) 26 84 03 00

Email : fb@fonds-belval.lu

SECTION II : OBJET DU MARCHÉ

Intitulé attribué au marché :

financement de l'équipement des bâtiments de la première phase de construction de la Cité des Sciences à Belval.

Description succincte du marché :

appel de candidatures en vue du financement de l'équipement des bâtiments de la première phase de construction de la Cité des Sciences à Belval.

SECTION IV : PROCÉDURE

Conditions d'obtention du cahier des charges :

Le cahier des charges vous sera transmis si votre candidature est retenue.

SECTION VI : RENSEIGNEMENTS COMPLÉMENTAIRES

Autres informations :

Quantité ou étendue globale : conclusion d'un emprunt couvert par une garantie de l'Etat luxembourgeois en vue du financement d'un projet d'une envelopure de 140.000.000.-EUR.

Conditions de participation : capacité économique et financière. Renseignements et formalités nécessaires pour évaluer si ces exigences sont remplies :

- une note présentant le candidat,
- les comptes annuels des 3 derniers exercices,
- attestation renseignant sur l'inscription au registre professionnel du pays d'origine,
- les états émanant du fisc et des établissements d'assurances sociales du pays de référence relatifs aux obligations sociales et de sécurité sociale du candidat.

Réception des candidatures : les demandes sont à remettre à l'adresse de dépôt des candidatures conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure limite de dépôt des candidatures.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. : 14/07/2014

La version intégrale de l'avis n° 1400749 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Félicie Weycker
Président temporaire du Conseil d'Administration